Gerd Krämer
Altona 1848 bis 1890

„Das Bollwerk des Nordens"

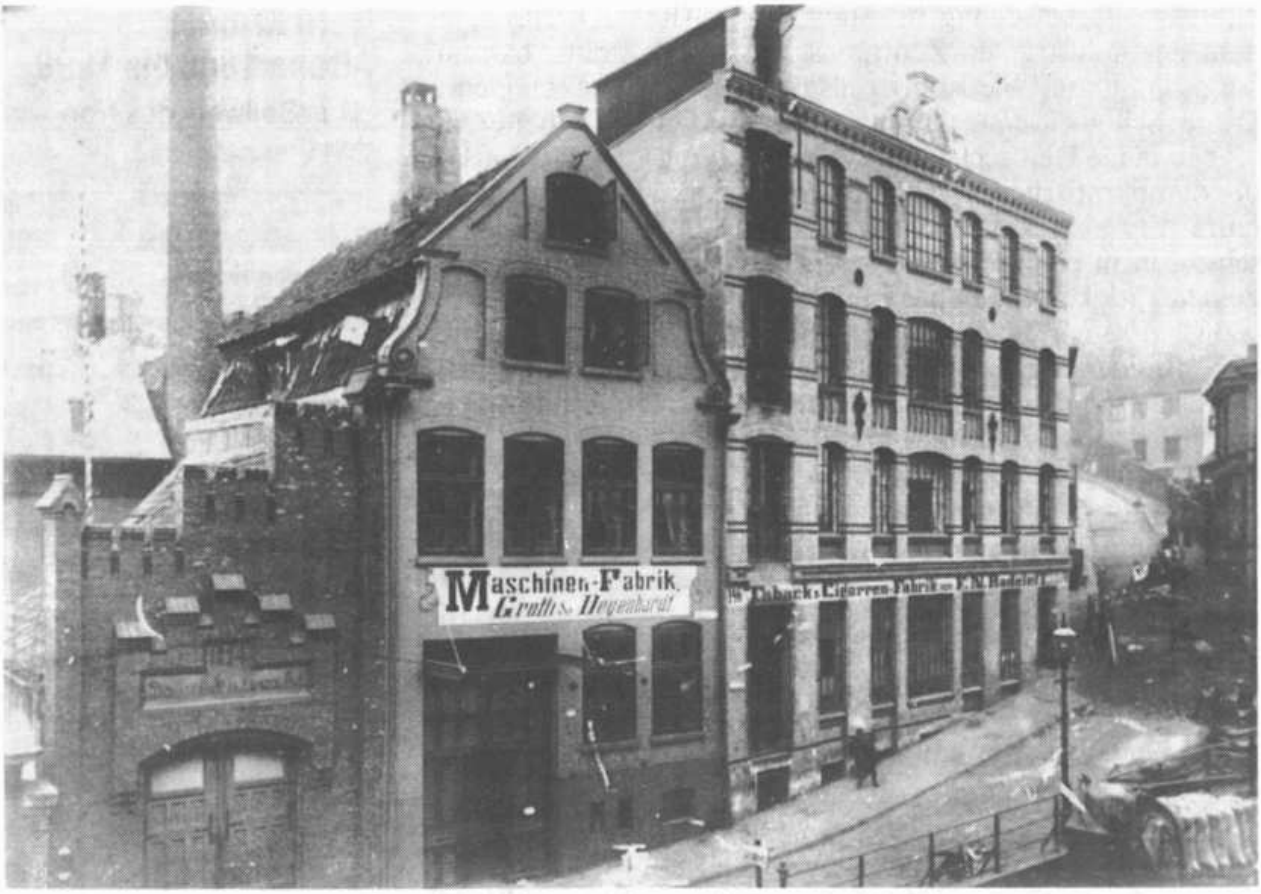
Schleswig-Holstein heute

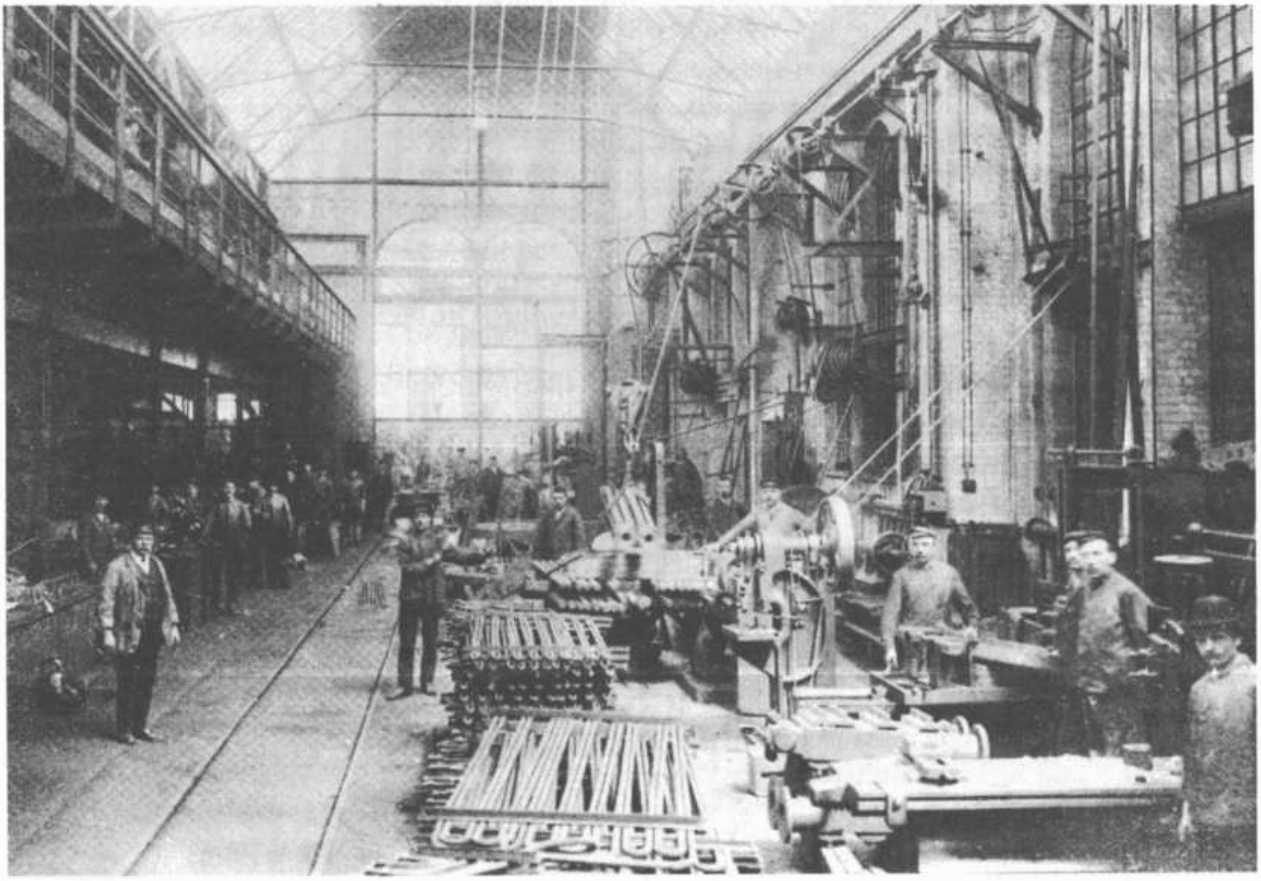
Die Arbeiterbewegung im Stadtgebiet Altona/Ottensen, einem der industriellen Zentren Schleswig-Holsteins, hat eine lange Tradition.[1] Sie ist älter als die organisierte Sozialdemokratie. Schon die erste nationale Organisation der Arbeiter, die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung", die im Verlauf der demokratischen 1848er Revolution gegründet worden war, hatte hier eine starke Mitgliedschaft. Sie war zusammengeschlossen in einem aktiven Lokalkomitee. Beeinflußt wurde dessen Tätigkeit von dem Tischlergesellen G. A. Hirschoff, der während seiner Wanderschaft in den 1840er Jahren Mitglied des „Bundes der Gerechten" geworden war. Aber auch der später an der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" (ADAV) noch in Altona tätige Carl Bruhn arbeitete im Lokalkomitee mit. Gefördert wurde von der Stadt aus auch die Gründung des schleswig-holsteinischen Gesamtarbeitervereins 1850 in Neumünster.

Die Einrichtung von Unterstützungskassen zur sozialen Sicherung der Arbeiter und das Entstehen des Altonaer Bildungsvereins fällt ebenfalls in die Zeit dieser ersten Arbeiterbewegung. Mitgliedschaften bestanden in der Stadt auch in den ersten nationalen Gewerkschaften der Zigarrenarbeiter und der Buchdrucker. Besonders die Altonaer Zigarrenarbeiter entwickelten sich in den folgenden Jahrzehnten zu einer tragenden Kraft der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein. Das Scheitern der Revolution von 1848/49 und auch die besonderen Probleme der Herzogtümer, infolge ihrer politischen Verbundenheit mit Dänemark, führten in den 1850er Jahren zu veränderten Rahmenbedingungen für die Arbeiterbewegung. Eine Phase der Reaktion und Verfolgung setzte ein. Die gegründeten Zusammenschlüsse wurden polizeilich verboten. Das entstandene politische Bewußtsein überdauerte aber diese Reaktionsperiode und die Zeit der informellen Fortexistenz der Arbeiterbewegung. Schriften des Handwerkerkommunisten Wilhelm Weitling wurden weiter gelesen und verbreitet. Gerade alte Anhänger Weitlings bildeten den Kern der Altonaer Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren.

Wichtige Veränderungen hatten sich seit den 1840er Jahren in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Stadtgebietes Altona/Ottensen eingestellt. Nachdem Altona 1853 bei der Errichtung der Zolleinheit des dänischen Gesamtstaates von Kopenhagen zum Zollausland erklärt worden war, wechselten die meisten wichtigen Firmen der Stadt mit ihren Betrieben in das benachbarte Dorf Ottensen. Hier siedelten sich auf der „grünen Wiese" nun Glashütten, Zigarrenfabriken und Eisengießereien an. In den folgenden Jahrzehnten entstand in Ottensen ein für die Industrialisierung Schleswig-Holsteins wichtiges Zentrum der Metall- und Maschinenbauindustrie, dem zunächst der dänische und dann 1864 der ganze deutsche Markt offenstand. Die Altonaer Wirtschaft blieb dagegen eher kleingewerblich strukturiert. Selbst größere Handelshäuser wanderten nach 1860 aus der Stadt nach Hamburg ab.

[1] vgl. den Aufsatz des Autors in DG 1, 1986


Maschinen-Fabrik
Groth & Hegenbarth



„Der kühnen Bahn nur folgen wir, die uns geführt Lassalle!"

Anfang der 1860er Jahre setzte in ganz Deutschland erneut eine heftige Politisierung der Arbeiter ein, deren Höhepunkt die 1863 in Leipzig erfolgte Gründung des ADAV war. In von über 1000 Personen besuchten Versammlungen wurde dieses in der Arbeiterschaft kontrovers diskutierte Vorgehen einer Minderheit von deutschen Arbeitervereinen in Altona unterstützt. Diese von Ferdinand Lassalle initiierte Gründung einer sich als politische Partei verstehenden Organisation erlangte besonders im Norden Deutschlands großen Einfluß auf die Arbeiterbewegung.

Programmatisch vertrat der ADAV die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht, das als Mittel zur Durchsetzung seiner sozialistischen Ziele angesehen wurde. Zentraler Punkt dieses Sozialismus war das Eintreten für Produktivassoziationen, deren Gründung mit Staatshilfe erfolgen sollte. So sollten die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern gemacht werden. Gespalten war zeit seines Bestehens das Verhältnis des ADAV zu den Gewerkschaften, die sich der Verein nur in Abhängigkeit von der politischen Partei vorstellen konnte. Organisiert war der ADAV streng zentralistisch. An der Spitze stand ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteter Präsident, der örtliche Bevollmächtigte ernennen konnte.

In Altona bildete sich erst im Mai 1864 eine selbständige ADAV-Gemeinde, wie die lokalen Zusammenschlüsse von Mitgliedern genannt wurden. Zuvor hatte Carl Bruhn versucht, mit Unterstützung von Hamburger ADAV-Anhängern in der Stadt gezielt Mitglieder zu werben. Seine Tätigkeit brachte aber nicht den gewünschten schnellen Erfolg. Nur sieben Personen gründeten die Gemeinde. Bei Lassalles Duelltod im August 1864 waren in Altona erst zehn Mitglieder im ADAV eingeschrieben. Über die Frage der Nachfolgeschaft in der ADAV-Präsidentschaft und das Problem der nationalen Einigung Deutschlands spaltete sich die kleine Anhängerschaft des Vereins in Altona nun einige Zeit in zwei sich heftig bekämpfende Lager. Bruhn stellte sich an die Spitze der Opposition gegen den Nachfolger Lassalles, Bernhard Becker. Erst nach den Wahlen zum Norddeutschen Bund 1867, die für den ADAV in Altona ein Mißerfolg wurden, vereinigten sich die verschiedenen Parteiströmungen. Danach gelang es der Gemeinde, politisch in breite Arbeiterkreise vorzudringen. Die Anhängerschaft wuchs, so daß Ottensen nach 1868 eine eigene lokale Gemeinde erhielt. Bei den Reichstagswahlen im Kaiserreich gehörten Altona und Ottensen zu zwei verschiedenen Wahlkreisen. Altona war mit Wandsbek und großen ländlichen Gebieten Stormarns zum 8. Wahlkreis und Ottensen mit Pinneberg und Teilen Steinburgs zum 6. Wahlkreis zusammengeschlossen. Die Landgebiete, in denen die Sozialdemokratie kaum Anhänger besaß, gaben bei den Wahlen den Ausschlag. Von Altona als organisatorischem Zentrum der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein mußte die Provinz für die Sozialdemokratie gewonnen werden.

Zu den öffentlichen Arbeiterversammlungen in der Stadt

Neben der kleinen Maschinenfabrik Groth & Degenhardt lag an der Gr. Elbstraße am Altonaer Hafen die Zigarrenfabrik Radeleff. Die meisten größeren Fabriken waren seit den 1840er Jahren nach Ottensen übergesiedelt. (Foto: Museum der Arbeit, Hamburg)

Werkstatt in den Ottenser Eisenwerken um 1910. Um die Jahrhundertwende war Ottensen ein Zentrum der Norddeutschen Metallindustrie. Große Firmen, wie z. B. die Schiffsschraubenfabrik Zeise und die Maschinenfabrik Menck & Hambrock, waren hier in den 1860er Jahren gegründet worden. (Foto: Altonaer Museum in Hamburg)

Marie Stähr, eins unserer ältesten Parteimitglieder, ist verstorben. Noch bis zum letzten Augenblick für das Wohl der Ihrigen sorgend, erlag sie am Sonnabend, 6. März, einem Herzschlag. Mit ihr ist eine der Wegbereiterinnen der Altonaer Frauenorganisation dahingegangen. Seit mehr als 50 Jahren gehört sie der Sozialdemokratischen Partei an. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes war sie bemüht, die Arbeiterfrauen für die Anteilnahme am politischen Leben zu interessieren, sie für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Stets war sie eine der ersten, wenn es galt, Arbeit zu leisten für die sozialistische Arbeiterbewegung, und manches Opfer brachte sie ihr, obwohl sie als Mutter von 12 Kindern vom Wohlstand wirklich nicht gesegnet war. Was unter dem Sozialistengesetz als Frauen-Bildungsverein und später als Leseklub „Hoffnung" wirkte, verdankt manchen Erfolg der Arbeit der Genossin Stähr. So waren schon 1905, vor Erlaß des Frauenkoalitionsrechts, etwa 500 Frauen in Ottensen gewonnen, die freiwillig Beiträge an den Sozialdemokratischen Verein entrichteten. 1908, als den Frauen endlich auch das Recht zugebilligt wurde, sich einer politischen Partei anzuschließen, war denn Ottensen auch eine der stärksten Frauenorganisationen der Provinz. Genossin Stähr, die auch fast 20 Jahre das Hamburger Echo kolportierte, hat bis zuletzt lebhaften Anteil an der Parteibewegung genommen. Wir bitten die Parteimitglieder, besonders aber die Frauen, der Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Die Genossinnen und Genossen versammeln sich am Mittwoch, nachmittags 1½ Uhr, Ecke Lutherstraße und Bahrenfelder Chaussee.

Nachruf auf Marie Stähr im „Hamburger Echo" vom 8. 3. 1926. Marie Stähr war eine der ersten Frauen, die in Ottensen politisch aktiv wurde. Ihre Tochter Alma Wartenberg war später Vertrauensfrau der SPD in Ottensen und eine bekannte sozialdemokratische Feministin. (Foto: Stadtteilarchiv Ottensen)

kamen um 1870 meist 2000 bis 3000 Personen in die Versammlungslokale. Die Anhängerschaft des ADAV in Altona rekrutierte sich vor allem aus den Berufsgruppen der Schneider, Tischler und Schuhmacher. Die einflußreichste Gruppe in Altona und Ottensen bildeten aber die hier ansässigen Zigarrenarbeiter, die viele Bevollmächtigte und Agitatoren stellten. Auch die Arbeiterfrauen begannen sich nun in Altona/Ottensen zu organisieren, indem sie einen der ersten Arbeiterfrauenvereine Deutschlands gründeten.

Bekanntester Agitator für den ADAV in Schleswig-Holstein war der Ottenser Zigarrenarbeiter und Vizepräsident des Vereins Georg Winter, der in verschiedenen Wahlkreisen 1871 und 1874 zum Reichstag kandidierte. Wie bei den 1871er Wahlen deutlich geworden war, gaben die ländlichen Bezirke gegen einen Sieg des Arbeiterkandidaten im 6. und 8. Wahlkreis den entscheidenden Ausschlag. Um bei den nächsten Wahlen auch hier Stimmen gewinnen zu können, wurde vom ADAV in Altona eine Agitatorenschule ins Leben gerufen. Unter Anleitung von Winter, der als erfahrener Redner galt, erarbeiteten

Typisches in den 1850er Jahren in Ottensen erbautes Wohnhaus für Arbeiter. Um 1900 wurden diese Häuser meist durch städtische Etagenhäuser ersetzt. Im Ottenser Osterkirchenviertel sind aber noch einige Bauten aus der Frühzeit der Industrialisierung des Dorfes erhalten. (Foto: Altonaer Museum in Hamburg)

sich die Teilnehmer auf Basis der Lassalleschen Schriften wichtige Grundlagen für die Agitation. Der spätere Reichstagsabgeordnete Hermann Molkenbuhr aus Ottensen nahm als junger ADAV-Anhänger an diesen Schulungen teil. An Winters Agitationsmethode erinnert sich Molkenbuhr:

„Wir sollten uns zunächst mit den Leuten unterhalten und uns in deren Gedankengänge einleben, dann ermitteln, womit die Leute unzufrieden sind, und nun sollten wir nachweisen, daß die Ursachen der Mißstände in der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung begründet liegen und nur durch den Sozialismus beseitigt werden können."[2]

Der Sozialismus bestand bei den Agitatoren dann aber meist in auswendig gelernten und formelhaft wiederholten Thesen Lassalles. Um den Gründer des ADAV wurde im Verein überhaupt ein pseudoreligiöser Kult entwickelt. Jährliche Gedenkfeiern an seinem Todestag zelebrierte man in Altona fast in der Form eines Gottesdienstes. Für den ADAV wurde von der Gemeinde auch auf Arbeiterfesten und Ausflügen geworben. Die Partei trug so zur gesellschaftlichen Selbstdarstellung der Mitglieder und ihrer Identifikation mit der politischen Arbeit bei. Der ADAV verstand sich als große Familie. Mit diesem Konzept hatte man in Altona 1874 einen großen Erfolg. Der damalige ADAV-Präsident Wilhelm Hasenclever wurde im 8. Wahlkreis als Reichstagsabgeordneter gewählt. Die Agitatorenschule hatte dazu beigetragen, daß nun auch die ländlichen Wähler für den ADAV-Kandidaten stimmten. In einem von

[2] AdSD, Bestand Molkenbuhr, Erinnerungen H. III S. 170f

Altona aus geplanten Wahlkampf gelang es dem ADAV, im ländlichen 9. Wahlkreis (Ostholstein) den Altonaer Zigarrenarbeiter Otto Reimer als Kandidaten durchzubringen. Georg Winter unterlag in Ottensen nur knapp dem bürgerlichen Kandidaten.

Mit den Erfolgen der Arbeiterbewegung seit Beginn der 70er Jahre setzte eine Verfolgung durch die Polizeibehörden ein. Versammlungen wurden aufgelöst, Redner verhaftet und zeitweise ein generelles Verbot öffentlicher Zusammenkünfte ausgesprochen. Wegen politischer Agitation wurde z. B. Winter zu mehrwöchiger Gefängnishaft verurteilt. Winter emigrierte danach 1874 über England nach Amerika. Mit ihren mehreren hundert Mitgliedern entwickelte sich die Altonaer ADAV-Gemeinde nach Berlin und Hamburg zur bedeutendsten Gruppe im Verein.

Seit 1869 existierte in Deutschland eine zweite Arbeiterpartei, die in Eisenach gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SAP) unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht. In Altona konnte diese Gruppe nur wenige Anhänger gewinnen. Als Bebel hier 1874 gegen Hasenclever kandidierte, erhielt er nur ganze 124 Stimmen im Wahlkreis. Obwohl sich beide Parteien heftig bekämpft hatten, zwang nun die Repression ADAV und SAP, sich 1875 in Gotha zusammenzuschließen. Es wurde die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SDAP) gegründet. In der lassalleanischen Hochburg Altona war dieser Schritt auf einer Volksversammlung vor über 6000 Personen von Liebknecht und Otto Reimer vorbereitet worden. Der „Volksstaat" schrieb:

„Sonnabend, der 12. Dezember, war gewissermaßen der Tag, an dem den Arbeitern beider Fraktionen die Schuppen von den Augen fielen, an dem sie einsahen, daß Einigkeit stark mache . . . Nur eine kleine Gruppe orthodoxer Lassalleaner um den Wandsbeker Zigarrenarbeiter Richter und den Hamburger Schneider Bräuer trat dem Zusammenschluß nicht bei und bildete nun eine oppositionelle Strömung, die auch vor Denunziationen ihrer ehemaligen Genossen nicht zurückschreckt."[3]

Die Vereinigung von ADAV und SAP stärkte die Arbeiterbewegung in Altona/Ottensen. So wurde mit Hasenclever als Redakteur das „Hamburg-Altonaer-Volksblatt" gegründet. Diese Tageszeitung hatte in Altona/Ottensen 1877 schon über 4000 Abonnenten. Für die Bildung der Arbeiter entstand in Ottensen eine Bibliothek. Um die Jahreswende 1875/76 wurde allerdings der Sozialdemokratische Verein in Altona polizeilich aufgelöst und sein Vorstand wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz angeklagt. Trotz dieser Verfolgungsmaßnahme gelang der Arbeiterbewegung im Wahlkampf zum Reichstag ein großer Erfolg. Hasenclever wurde in Altona als Abgeordneter bestätigt. Über den Wahlkampf schreibt der damals siebzehnjährige Zigarrenarbeiter und spätere Reichstagsabgeordnete Julius Bruhns aus Altona in seinen Lebenserinnerungen:

„Auf der ‚Bude' zwischen den älteren Kollegen aber hörte ich fast nichts anderes Reden als vom Wahlkampf, die Versuchung wurde immer stärker, und als nun der Wahltag, der 10. Januar

[3] Volksstaat Nr. 148 vom 20. 12. 1874

1877, dämmerte, da riß es mich förmlich hin, statt zur Arbeit zum Sammelplatz unserer Wahlkämpfe, nach Wittmaacks Salon in der Großen Bergstraße, im Volksmunde ‚Im langen Hanndook' genannt. Hier waren im großen Saal schon Hunderte versammelt voll Eifer und Begeisterung den Anweisungen der Leiter Otto Reimer, August Hecht, Heinrich Winterfeld, Heinrich Brasch u. a. folgend. Auch ich ließ mich in die kämpfende Schar einreihen, denn verschwunden war jede Scheu, in dem überströmenden Gefühl, für eine große, herrliche Sache mitwirken zu dürfen. Gar bedeutend war die Rolle ja nicht, die mir im Kampf zugewiesen wurde, aber meinem Tatendurst genügte sie vollkommen. Ich wurde nämlich ‚Standartenträger', d. h., ich bekam eine große Stange über die Schulter, an der oben ein Brett mit einem Plakat befestigt war, auf dem in großen Buchstaben stand: ‚Wählt Wilhelm Hasenclever!'. Solche Standartenträger gehörten damals zu den notwendigsten Wahlrequisiten in meiner Heimatstadt, bis das Sozialistengesetz dieser wie auch manch anderer Herrlichkeit ein Ende bereitete.'"[4]

Da Hasenclever auch noch in einem Berliner Wahlkreis gewählt wurde und er dieses Mandat annahm, ging der sichere Altonaer Wahlkreis der Sozialdemokratie in der Nachwahl doch noch verloren. Aufgrund von massiver Wahlbehinderung durch die Behörden – es wurden z. B. Wirte unter Druck gesetzt, auf dem Lande ihre Lokale nicht zur Verfügung zu stellen – und der Tätigkeit der Opposition gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Hartmann, gewann den 8. Wahlkreis der liberale Professor Karsten.

„. . . gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"

Um die erfolgreiche Arbeiterbewegung zu zerschlagen, erließ die Reichsregierung unter Bismarck am 21. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Die Arbeiterwahlkomitees in Altona und Ottensen wurden aufgelöst und das zur größten sozialdemokratischen Tageszeitung im Reich gewordene „Hamburg-Altonaer-Volksblatt" mußte sein Erscheinen einstellen. Neben der Partei wurden auch die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter aufgehoben. Die von Sozialdemokraten gegründeten geselligen Vereine wie die Liedertafeln fielen unter das Verbot des Sozialistengesetzes. Der „Allgemeine Sängerbund der vereinigten Liedertafeln von Hamburg-Altona und Umgegend" wurde im November 1878 aufgelöst. Ebenso die „Liedertafel der Former". Der Gesangsverein „Lassallea" in Altona löste sich dagegen aus taktischen Gründen selber auf. Aufrechterhalten wurden die Beziehungen zwischen aktiven Arbeitern zu dieser in der Regel über Hilfskassen, die nicht verboten wurden. Schon im Sommer 1879 begannen die Sozialdemokraten mit dem Aufbau einer illegalen Parteiorganisation für Altona. Überwacht wurden die Aktivitäten in Altona vom Polizeimeister Engel, der aufgrund seiner harten Verfolgungsmaßnahmen reichsweit bekannt wurde. Sein Vorgehen schildert Heinrich Laufenberg:

„. . . er schreckte auch vor gemeinen und verworfenen Mitteln

[4] Julius Bruhns, „Es klingt im Sturm ein altes Lied!" Aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie, Stuttgart 1921, S. 22 f.

Abonnements werden beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt per Brief-Couvert)
fl. 2,75 für Oesterreich (direkt per Brief-Couvert)
Schill. 2,— für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
3 Pence 25 Pfg. 30 Cts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in London.

Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

Postsendungen franko gegen franko. Gewöhnliche Briefe nach England kosten Doppelporto.

Nº 40.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

1. Oktober 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

An unsere Leser.

Wie in Nr. 39 mitgetheilt, erscheint vom Anfang Oktober d. J. an unser Blatt unter der veränderten Adresse unseres Verlages:

German Cooperative Publishing Comp.
Nr. 114, Kentish Town Road Nr. 114
in
London N. W.

Inbegriffen ist unter dieser Firma das gesammte seitherige Verlags- und Kommissionsgeschäft der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich, dessen Vertrieb für die Schweiz unser Genosse C. Conzett als

Filiale der „Arbeiterstimme" in Zürich

übernommen hat und unsere Schweizer-Abonnenten 2c. promptest versorgen wird.

Der Preis des Blattes bleibt sonach für die Schweiz, an obiger Stelle bezogen, wie bisher per Post-Kreuzband **Fr. 2.** — per Vierteljahr, **baar vorauszahlbar.**

Ebenso erfolgen alle Schriftenlieferungen daselbst **nur gegen Baarvorauszahlung.**

Alle **außerschweizerischen** Bestellungen sind fernerhin nur an unsere Londoner **Geschäfts-Adresse** und diejenigen **Deckadressen** zu richten, mit welchen wir, wenn nöthig, unsere Freunde versehen werden.

Weitere **Veränderungen** im seitherigen Haupt-Geschäftsverkehr finden nicht statt.

Für direkten Bezug ist alles Nähere am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Außerhalb Deutschlands und Oesterreichs bediene man sich der Londoner Verlagsadresse.

Diese, sowie alle Deckadressen bitten wir nur in Lateinschrift und stets deutlich zu schreiben, namentlich die Hausnummer **genau** anzugeben.

Tauschblätter sende man von jetzt ab an die vorerwähnte Adresse.

Für Redaktion und Expedition Bestimmtes ist stets auf getrennte Blätter zu schreiben.

Jederlei Privatzuschriften sind unbedingt doppelt zu kouvertiren, ob sie unter unserer Geschäfts- oder unter Deck-Adresse gehen.

Neues Schriften-Verzeichniß ist in Vorbereitung.

Der Vertrieb des „Sozialdemokrat" erleidet durch die Uebersiedlung hierher keinerlei Störung; wir rechnen auf energische Weiterverbreitung des Blattes und unserer Literatur und werden das Vertrauen und die Hilfe unserer Genossen in jeder Hinsicht zu erwidern wissen.

Der Feigheit und Verfolgungswuth unserer Feinde stellen wir auch ferner den Muth und die Unbeugsamkeit entgegen, die wir aus dem Bewußtsein schöpfen, für eine weltbewegend gerechte und große Sache den Vorpostendienst einer opfermuthigen, überzeugten und gewaltigen Kämpferschaar versehen zu dürfen.

Unsere Freunde und Feinde sollen sich also in uns nicht täuschen.

London, Ende September 1888.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat".

Wider die Volks-Aushungerer.

Hurrah, Brodzoll und — Deutschland.

Die Geduld des deutschen Volkes ist gegenwärtig einer harten Probe ausgesetzt, von der wir zu seiner Ehre hoffen und erwarten, daß es sie nicht bestehen wird.

Es hat sich viel bieten lassen. Es hat ein Polizeigesetz über sich ergehen lassen, wie es ein zivilisirtes Volk, das sich selbst achtet, auch keine Stunde dulden sollte, es hat sich gefallen lassen, daß man, um ihm den Segen guter Getreide-Ernten vorzuenthalten, auf die Brodfrüchte einen Zoll legte, wie ihn in gleicher Höhe kein zweites Land kennt, und nun, wo statt guter Ernten daheim und in der Mehrzahl der andern Länder Mißernten vorliegen, nun soll es gar noch dulden, daß dieser Zoll nach wie vor forterhoben wird, daß die Armen und Enterbten zu Gunsten der Reichen und Bevorrechteten ausgehungert werden? Nein, das wird es nicht, das darf es nicht, es wäre ein zu schmachvoller Verrath an seinem guten Recht, an seiner Pflicht als Hüter der eigenen Interessen.

Deutschland hat die höchsten Kornzölle der Welt. Sie wurden verhängt, als es sich angeblich darum handelte, die nothleidende Landwirthschaft vor dem Ruin zu bewahren, thatsächlich aber, um verspekulirten Grundbesitzern auf die Strümpfe zu helfen, den liederlichen Landjunkern die Mittel zu verschaffen, ihr Lotterleben „standesgemäß" fortführen zu können. Der Agitation für diesen edlen Zweck entstammt das zynische Wort von dem „Fluch guter Ernten". Ständen die Frommen im Lande nicht auf Seiten der Junker, sie hätten jetzt die schönste Gelegenheit, in ihren Predigten die jetzige Mißernte als eine „Strafe des Himmels" für dasselbe aufmarschiren zu lassen, aber wenn sie sie schon als Strafe gelten lassen, so im Gegentheil als Strafe für das sündige Volk. Wir können die Lesart diesmal gelten lassen, denn erstens sind es die Volksmassen und nicht die Junker, die unter der Mißernte zu leiden haben, und zweitens ist es wirklich eine Sünde und Schande, daß sich das deutsche Volk die Junkerwirthschaft gefallen läßt, die heute in Deutschland an der Tagesordnung ist. Möge es daher die anbrechende Theuerung als eine Warnung betrachten und sich aufraffen, Buße zu thun, aber nicht in Sack und Asche, sondern durch kräftiges Auflehnen gegen seine Aushungerer und deren Helfershelfer, durch eine Protestbewegung, so energisch und eindringlich, daß diese sich gezwungen sehen, ihren frechen Uebermuth zu zügeln und seinem Verlangen nachzugeben.

Schon werden aus allen Theilen Deutschlands beträchtliche Preiserhöhungen für das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, das Brod, gemeldet, und doch stehen wir erst im Anfang der Krise, die der Ausfall der diesjährigen Getreide-Ernte zur Folge haben wird, unter der „moralischen", nicht der faktischen Wirkung derselben. Noch sind die Vorräthe der letzten Jahre nicht erschöpft, noch sind die Magazine mit Brodkorn angefüllt, aber schon hat die bloße Kunde, daß dreizehn Staaten, darunter hervorragende Ackerbaustaaten, wie Oesterreich, eine Erntedefizit und nur sieben einen Ernteüberschuß haben, genügt, um die Korn- und Mehlpreise in die Höhe zu schnellen, daß der Weizen auf den deutschen Plätzen heut um zirka 25, der Roggen um zirka 10 Mark per Tonne höher notirt ist als im Vorjahr. Dem entsprechend ist fast überall das Brod um zwei Pfennige und mehr per Pfund gestiegen. Bei einem Verbrauch von drei Pfund Brod pro Tag, wie er durchschnittlich angenommen wird, bedeutet das für eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen eine jährliche Mehrausgabe von über 21 Mark über den schon jetzt dem Junkerthum gezahlten Tribut hinaus.

Aber das ist nur der Anfang. Schon bereiten sich die Kornjunker vor, den Segen der schlechten Ernte nach allen Regeln der Kunst auszubeuten. Eines ihrer Organe, die „Deutsche landwirthschaftliche Zeitung", fordert in einer Besprechung der diesjährigen Getreide-Ernten die „Landwirthe" auf, das Ihrige nicht zu billig loszuschlagen, sondern „hübsch zu Rathe zu halten", damit sie nicht später gezwungen werden, theuer wieder einzukaufen. Mit andern Worten, sie sollen ihr Getreide hübsch aufspeichern, bis sich der wohlthätige Einfluß des Ernteausfalls, der für den Weizen allein von den Fachleuten auf 18 bis 20 Millionen Hektoliter geschätzt wird, nach allen Richtungen hin fühlbar gemacht haben wird. Ehedem nannte man das Kornwucher und brandmarkte es mit der allgemeinen Verachtung, lynchte auch gelegentlich die gar zu unverschämten Mitglieder dieser Zunft, im verheuchelten Stöckerland dagegen hat man es fertig bekommen, das Wort Wucher auf die Möglichkeit billiger Zufuhren anzuwenden und die Vertheuerung des Brodes als „praktisches Christenthum" zu verherrlichen. Indeß mag man zehnmal die Noth Reichthum nennen, man hebt damit doch ihre Wirkungen nicht auf, und das Ausnutzen eines Nothstandes, um auf Kosten der Armen Reichthümer zusammenzuscharren, ist und bleibt nichtswürdiger Wucher und wird als solcher von der Masse auch empfunden.

Wäre die Regierung Deutschlands wirklich, was sie zu sein behauptet, die Hüterin der Interessen des kleinen Mannes, so hätte angesichts der Preissteigerung des Getreides ihr erster Schritt der sein müssen, schleunigst die Aufhebung der Getreidezölle auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ueberschwemmung Deutschlands mit billigem ausländischem Getreide, gegen die sie angeblich gerichtet waren, ist eine Unmöglichkeit geworden, dagegen ist es dringend geboten, Deutschland bei Zeiten mit genügenden Vorräthen zu versehen, um das Volk den Ernteausfall nicht zu hart empfinden zu lassen. Ist es nicht ein Skandal, daß während Deutschland diesmal gezwungen sein wird, blos an Weizen 12 bis 13 Millionen Hektoliter aus dem Ausland zu beziehen, um seinen Verbrauch zu decken, die enormen Getreidezölle ruhig fortbestehen, Dank denen der Weizen an den deutschen Handelsplätzen gegen 40 Mark, Roggen gar gegen 60 Mark per Tonne theurer ist, als auf den Stapelplätzen des Weltmarktes? Das beweist mehr als alles andere, daß nicht die Interessen der Armen, Nichtsbesitzenden, sondern die Interessen der Reichen, der Grundbesitzer bei der deutschen Regierung den Ausschlag geben. Nur ihnen allein kommt dieser Aufschlag zu gute, eine Steuer von sechszig Prozent, die der Arme von jedem Bissen Brod, den er zu sich nimmt, an den frechen Landjunker zahlt, der ihn dafür politisch unterdrückt und gemeinsam mit den Rittern vom Schlot die Polizeifuchtel brutaler Ausnahmegesetze über seinem Haupte schwingt.

Wir sind keine Nichts-als-Freihändler, wir bilden uns nicht ein, und wollen auch dem Volk nicht vormachen lassen, daß mit der bloßen Aufhebung der Kornzölle ihm bereits geholfen wäre, daß überhaupt der Freihandel im Getreide ihm eine Sicherheit gewähre gegen wucherische Ausbeutung, ganz abgesehen davon, daß mit dem billigen Brod die soziale Frage überhaupt noch in keiner Weise gelöst ist. Auch der schönste Freihandel schützt nicht vor Wucher mit den Volksnahrungsmitteln, wie ein Blick auf die Länder des Freihandels zeigt. Eine Regierung der Armen würde also neben der Aufhebung der Getreidezölle auch sofort eine Reihe positiver Maßregeln zur Sicherung der Volksernährung treffen, für reichliche Zufuhr sorgen 2c. 2c. Das von dem jetzigen Hohenzollern-Regiment zu erwarten, hieße Trauben von den Disteln lesen wollen, und es als Volksforderung zu postuliren, dazu sind die Verhältnisse noch nicht gediehen. Wozu sie aber reif sind, was das Volk verlangen und bei der nöthigen Energie auch durchsetzen kann, das ist die schnellste Aufhebung der Kornzölle.

Es genügt nicht, wie es der bürgerliche Liberalismus thut, die vertheuernde Wirkung der Getreidezölle in der Presse bloszulegen, es gilt, das Volk aufzurufen zum Kampf gegen seine Aushungerer. Wenn dem Bürgerthum der Muth dazu fehlt, so müssen die Arbeiter die Initiative dazu ergreifen. Sie sind in erster Reihe dabei interessirt, ihnen macht sich die Brodvertheuerung am empfindlichsten fühlbar, sie haben alle nachtheiligen Folgen derselben mit verdoppelter Wucht zu tragen, und wenn ihre Löhne überhaupt unter dem Einfluß vertheuerter Lebensmittel steigen, so nie in gleicher Höhe und erst nach unsäglichen Leiden und entsagungsvollen Kämpfen. Es ist ihr gutes Recht, sich bei Zeiten gegen eine weitere Niederdrückung ihrer ohnehin elenden Lage zur Wehr zu setzen. Und kein Gesetz, das ihnen dabei im Wege steht. Sollte man es aber wagen, Versammlungen mit der Tagesordnung „die Kornzölle und die Brodpreise" auf Grund des Schandgesetzes zu verbieten, nun so würde das zwar seiner Entstehung nur würdig sein, aber auch den besten Beweis liefern, daß sein Zweck nicht ist, Umsturz zu verhüten, sondern dem schmutzigen Treiben der gewerbsmäßigen Volksaushungerer Vorschub zu leisten.

Auf denn, deutsche Arbeiter, zur Agitation gegen die Hungergesetzgebung. Rührt Euch bei Zeiten, auf daß Ihr nicht hinterher die Geprellten. Jetzt ist der rechte Moment, Eure Stimme zu erheben, das Volk um Euer Banner zu schaaren. Schon habt Ihr, schon haben die Massen die ersten Früchte der schamlosen Interessenpolitik, die heute in Deutschland unter dem schützenden Fittich einer reaktionären Regierung betrieben wird, zu kosten bekommen, zeigt, daß Ihr nicht gewillt seid, sie ruhig hinzunehmen, Euer trauriges Loos nicht verschlechtern zu lassen. Zeigt Euren Drängern, daß Ihr es müde seid, auf Euch herumtreten zu lassen, erhebt lauten Protest gegen das System, das den Stimmen der Reichen so schnell Gehör schenkte, als sie klagten, daß sie bei den niedrigen Kornpreisen nicht bestehen können, das heißt, nicht genug Profit erzielen, das aber Augen hat, um nicht sehen, Ohren, um nicht zu hören, wo das Lebensinteresse des arbeitenden Volkes auf dem Spiele steht, das keine Hand von selbst rührt in einem Moment, wo es bereits erwiesen ist, daß eine Theuerung im Anmarsch ist. Duldet es nicht, daß ein anmaßendes Junkerpack aus Eurer Haut Riemen schneidet, daß Ihr darben müßt, damit sie fette Gewinne einstreichen.

Es liegt an Euch, und man wird Euch hören, man muß Euch hören!

An der Schwelle des Sozialismus —

so überschreibt die Londoner „Pall Mall Gazette" einen merkwürdig vernünftigen Artikel über die immer mehr um sich greifenden kapitalistischen „Ringe". Unsre Leser wissen, daß wir von jeher den Standpunkt vertreten haben, daß die Riesenverbindungen des Großkapitals, ob sie nun die blos zeitweilige Regulirung der Produktion oder die Schaffung großer Monopole zum Zwecke, naturnothwendig der von uns Sozialisten erstrebten Vergesellschaftung der Produktion in die Hände arbeiten, und daß wir daher, bei aller gebührenden Würdigung der edlen Motive, die dabei in den meisten Fällen obwalten, sowie der saubern Manipulationen, mit denen die „Ringe" ihre menschenfreundlichen Pläne durchsetzen, weit entfernt, ihr Entstehen kleinbürgerlich zu bejammern, es vielmehr mit Genugthuung zu begrüßen haben. Just zu demselben Resultat kommt jetzt das liberale englische Blatt, und wir können es uns daher nicht versagen, seinen Artikel als ein beachtenswerthes Symptom der bürgerlichen Kreise hier abzudrucken.

Nach einigen einleitenden Worten über die Protestbewegung in Amerika gegen das dortige Trustsystem, das entwickeltste System der kapitalistischen „Ring"-Bildung, fährt die „Pall Mall Gazette" fort:

„Was uns anbetrifft, so empfinden wir keine Beunruhigung, sondern nur Interesse und Neugierde. Wenn es sich nicht um eine blos vorübergehende Sache handelt, so hat es den Anschein, als ob die Nationalisirung oder wenigstens Munizipalisirung der Produktionsmittel sehr leicht dadurch erreicht werden kann, daß man das andere (privatkapitalistische) System seine höchsten Formen ausarbeiten läßt. Das amerikanische Trustsystem, welches Präsident Cleveland mit so unaussprechlichem Haß betrachtet, und das dessen Gegner, mit Ausnahme von Herrn Blaine, ebenfalls brandmarken, führt an die Thürschwelle des Sozialismus. Es ist die Nationalisirung der Produktionsmittel, aber nicht im Interesse der Nation, sondern zum Vortheil der Mitglieder des Rings oder der „Vereinigung", mit andern Worten der Privatkapitalisten, die sich vereinigen, um sich alle Vortheile eines Monopols zu sichern und das

Illegal im Reich vertriebener „Sozialdemokrat" aus dem Jahre 1888. (Foto: Archiv der sozialen Demokratie)

nicht zurück, wenn es galt, ein gestecktes Ziel zu erreichen, den Mitgliedern der verhaßten Partei eine Falle zu stellen und sie dem Verderben auszuliefern. Zahllos sind die Nichtswürdigkeiten und Gewalttätigkeiten, der er sich . . . bei Verhaftungen, Haussuchungen und Ausweisungen zuschulden kommen ließ."[5]

Mit besonderem Haß verfolgte Engel den Leiter der Altona/Ottenser Sozialdemokratie Otto Reimer. Dreimal wurde Reimer inhaftiert, um während der Vorbeugehaft bei ihm Haussuchungen zu machen. Stets blieben sie erfolglos, denn es konnte kein belastendes Material gefunden werden.

„Nach zwölf Haussuchungen suchte die Polizei das von ihm betriebene Zigarrengeschäft dadurch zugrunde zu richten, daß sie durch in der Nähe aufgestellte Beamte die Käufer, die den Laden verließen, zur Polizeiwache führen ließ, wo sie einer körperlichen Untersuchung unterworfen wurden."[6]

Da es mit den Methoden des Verbotes und der Haussuchung allein nicht gelang, die Sozialdemokratie in Altona/Ottensen zu unterdrücken, wurde das Sozialistengesetz im Vierstädtegebiet verschärft und am 29. Oktober 1880 über Hamburg, Altona-Ottensen, Wandsbek und die umliegenden Gemeinden der sogenannte kleine Belagerungszustand verhängt. Unliebsam gewordene Personen konnten nun ohne Angabe genauerer Gründe aus dem Gebiet des Belagerungszustandes ausgewiesen werden. Bis zum Ende des Sozialistengesetzes mußten 335 Personen das Gebiet des *„nördlichen Belagerungszustandes"* aufgrund eines Ausweisungsbefehls verlassen. 13 Sozialdemokraten gehörten zu den ersten 75 Ausgewiesenen. Zu ihnen gehörte Otto Reimer, der mit der Begründung, daß er Reichstagsabgeordneter gewesen sei, ausgewiesen wurde. Wie viele andere ging er ins Exil nach Amerika. Sehr zum Ärger schmuggelte er die lange von Engel gesuchte Altonaer Parteifahne mit an Bord des Schiffes.

Auch Hermann Molkenbuhr, der zur Parteileitung in Ottensen gehörte, wanderte nach seiner Ausweisung 1881 nach Amerika aus, kehrte aber schon nach drei Jahren zurück und arbeitete danach in Kellinghusen als Zigarrenmacher. Zu denen, die Altona wegen ihrer politischen Haltung verlassen mußten, gehörte auch Julius Bruhns.

„Ich unerfahrener, schüchterner Jüngling von 21 Jahren war dem Staate und der Gesellschaft so gefährlich geworden, daß man mich . . . der Heimat verjagte. Es war empörend und lächerlich zugleich."[7]

Trotz dieser harten Verfolgungsmaßnahmen entwickelte sich eine Geheimorganisation der Sozialdemokratie, die Hamburg und das angrenzende schleswig-holsteinische Gebiet umfaßte. Gegen Ende der 1880er Jahre hatte sie 5000 bis 6000 Mitglieder. Bei allen Wahlkämpfen während des Sozialistengesetzes wurden vom Vierstädtegebiet Dutzende von Rednern nach Schleswig-Holstein zur Unterstützung der dortigen Partei geschickt. Über den Wahlkampf 1887 berichtet der Pinneberger Landrat:

„. . . in den letzten Tagen vor der Wahl (kamen) . . . aus Hamburg mit den Zügen der Kieler und Kaltenkirchener Bahn zu

[5] Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Bd. 2, Hamburg 1931, S. 37.
[6] a. a. O., S. 213
[7] Bruhns, S. 45

Die Kleine Carlstr. in Ottensen um 1910. In dieser Straße lebte Hermann Molkenbuhr mit seiner Familie mehrere Jahre. (Foto: Altonaer Museum in Hamburg)

Fuß und zu Wagen viele Hunderte, vielleicht über tausend junge Handwerker pp mit Flugblättern und Stimmzetteln für Molkenbuhr. Mit Karte und Marschroute versehen, wanderten sie im Kreise umher und besuchten jedes Dorf."[8]

Daß mit dem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung nicht zu unterdrücken war, hatte in Altona schon die Reichstagswahl von 1884 gezeigt. Als Kandidat der Sozialdemokraten war der bekannte ehemalige ADAV-Agitator Karl Frohme aus Hannover aufgestellt, der den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb im Reichstag vertreten hatte. Bei einer relativ geringen Wahlbeteiligung gelang es den Sozialdemokraten, Frohme aufgrund ihres einfallsreichen Wahlkampfes durchzubringen.

„Am Wahltag selbst entwickelten die Sozialdemokraten in der Vertheilung ihrer Stimmzettel die größte Thätigkeit... In der Nacht vom 27./28. October war in Ottensen an einer Telegraphenleitung über einem Dache eine rote Fahne angebracht mit der Inschrift: ‚Gleiches Recht für Alle! Wählt Frohme!'"[9]

Der 8. Wahlkreis blieb danach Jahrzehnte in sozialdemokratischer Hand.

[8] zit. nach: Holger Rüdel, Die Bedeutung der Sozialdemokratie im Hamburger Raum für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Das Beispiel Schleswig-Holstein. In: Arbeiter in Hamburg, Hrsg. von Herzig/Langewiesche/Sywottek, Hamburg 1983, S. 199.

[9] zit. n.: Klaus Klingner, Karl Frohme, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein. In: DG 1, S. 43.

Die „rote Feldpost" aus Ottensen

Aufgrund des Verbotes aller sozialdemokratischen Druckschriften, also auch der Presse, beschloß die Parteiführung im Herbst 1879, die Wochenzeitung „Der Sozialdemokrat" als ihre neue Parteizeitung herauszugeben. Da der „Sozialdemokrat" im Ausland erscheinen mußte, erst in Zürich, dann in London, wurde er ins Reich geschmuggelt und dort über den Weg der „roten Feldpost" weiter verteilt. Ottensen war das norddeutsche Zentrum dieses illegalen Verteilungssystems.

„Leiter der roten Feldpost war damals der Zigarrenarbeiter August Kückelhahn... seine Aufgabe (bestand) darin, die über die Zollgrenze nach Ottensen geschmuggelten Exemplare des Blattes ins Reich zu expedieren. Es geschah in der Wohnung des Zigarrenarbeiters Paschburg... Hier wurden die Kisten zum Versand hergerichtet... Im August und im September ging der Altonaer Kriminalpolizei von mecklenburgischen Landesbehörden unter anderem aus Schwerin, mehrfach die Mitteilung zu, daß von Ottensen fortgesetzt sozialistische Schriften eingeschmuggelt würden... Der scharf beobachtenden Kriminalpolizei gelang es nun, am 7. Oktober auf der Güterexpedition zu Ottensen eine Kiste zu ermitteln, die angeblich Handwerkszeug, in Wahrheit jedoch sozialistische Schriften enthielt. Drei Tage später faßte die Polizei auf dem Güterbahnhof zu Ottensen den Zigarrenarbeiter August Lippold aus Harburg dabei ab, als er eine große, nach Lübeck bestimmte Kiste mit verbotenen Schriften zur Bahn geben wollte."[10]

Nach einer Haussuchung bei Paschburg wurde auch Kückelhahn enttarnt. In einem Prozeß wurden Kückelhahn zu dreieinhalb Jahren, Paschburg zu fünf Monaten und Lippold zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Alle Räder stehen still . . .

Während der sogenannten „milden Praxis" des Sozialistengesetzes in den Jahren 1881 bis 1885 konnten sich zuvor verbotene Fachvereine der Arbeiter neu gründen und relativ ungehindert entwickeln. Besonders im stark industriell geprägten Ottensen führte dies zu einem stark anwachsenden gewerkschaftlichen Bewußtsein der Arbeiter. 1887 führten hier die Former der Eisengießereien einen 22wöchigen Streik um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Er endete mit einem Kompromiß. Kurz vor Ende des Sozialistengesetzes kam es in den Gießereien erneut zu einem harten Arbeitskampf. Die Ottenser Former wollten den als Disziplinierungsmittel gegen den Fachverein gegründeten Arbeitsnachweis der Fabrikanten nicht anerkennen. Der ultimativen Aufforderung, ihren gewerkschaftlichen Verein zu verlassen, kamen sie nicht nach. Daraufhin wurden dessen Mitglieder vom Februar 1889 bis Juli 1890 ausgesperrt. Mit dem Einsatz von ausländischen Streikbrechern gelang es den Fabrikanten, einen Teil ihrer Produktion aufrechtzuerhalten. Die Ottenser Former mußten den Arbeitsnachweis anerkennen, allerdings wurde ihr Fachverein durch die Aussperrung nicht zerschlagen.

Ausgesperrt wurden 1890 ebenfalls die Mitglieder des Fachvereins der Glasmacher. Viele von ihnen verließen Ottensen

[10] Laufenberg, S. 468f.

Schreiben eines Fabrikanten an einen Streikbrecher (aus: Heinrich Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften, Hamburg 1899 S. 175)

Schreiben eines Fabrikanten.

Hermann Michaelsen,
Eisengießerei.
Fernsprechstelle: Amt Altona,
Nr. 76.

Ottensen, 9. März 1889.
2. Bornstr. 34.

Herrn . . . .

Erhielt soeben Ihren Paß und 4 Entlassungen, worauf Ihnen per Post M. 40 absandte. H. und Str. haben auch Reisegeld erhalten. Da die Bahnhöfe des in Hamburg und auf einigen hiesigen Betrieben herrschenden Streiks wegen von Formern überwacht werden, thun Sie gut, sich auf Befragen für Schlosser auszugeben, damit Sie nicht belästigt werden.

Auf meiner Fabrik streikt Niemand. Falls von Ihren Kollegen Einige Lust nach Hamburg oder Ottensen haben, so lassen Sie sich deren Adressen geben, um denselben später schreiben zu können, wie es Ihnen hier gefällt.

Arbeit ist hier für 60 Mann nachzuweisen. Falls Sie Einige mitbringen, stelle dieselben ein, nur müssen sie auf Maschinenguß eingeübt sein. Lohn pro Stunde 35—40 ₰. Schreiben Sie, wann Sie hier eintreffen, dann werde ich Sie auf dem Bahnhof Altona erwarten.

Achtungsvoll
Hermann Michaelsen.

Die Gastwirtschaft Stender in Ottensen war ein wichtiger Treffpunkt politisch aktiver Glasarbeiter. Dieses Arbeiterlokal war auch Versammlungsort des Musikvereins „Cäcilia", der von Arbeitern der Ottenser Glashütten 1860 gegründet worden war. (Foto: Altonaer Museum in Hamburg)

Erinnerungsfoto an den Werftarbeiterstreik von 1910, das die Bedeutung und das Bewußtsein der Arbeiterbewegung in Altona-Ottensen dokumentiert. (Foto: Altonaer Museum in Hamburg)

und mußten sich zum Teil im Ausland neue Arbeitsplätze suchen. Von November 1890 bis März 1891 sperrten die Ottenser Zigarrenfabrikanten ihre Arbeiter aus, um sie zum Austritt aus der Gewerkschaft zu zwingen. Trotz der Solidarität der nicht in den Fabriken beschäftigten Hausarbeiter dieser Branche, mußten viele Zigarrenarbeiter ihren Austritt aus der Gewerkschaft schließlich schriftlich erklären. Eine Zerschlagung dieser Organisation gelang den Fabrikanten aber auch in diesem Wirtschaftszweig nicht.

Noch vor Ablauf des nicht mehr verlängerten Sozialistengesetzes errangen die Altonaer und Ottenser Arbeiter einen großen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen in diesem Jahr konnte Frohme den 8. Wahlkreis erneut verteidigen. Im 6. Wahlkreis (Ottensen, Pinneberg) gelangte der dortige Kandidat Molkenbuhr in die Stichwahl und gewann diese für die Sozialdemokratie. In der Stadt Ottensen erzielte er fast 78 % der abgegebenen Stimmen.

Am 30. September 1890 trat das Sozialistengesetz außer Kraft. Die nun legale SPD mußte sich aber trotzdem weiter gegen Polizeiwillkür zur Wehr setzen, dies gilt vor allem bei den seit 1890 veranstalteten Maifeiern.